



1 Heimat. Leben. Gestalten.

2 **Beste Lebensqualität in unserem Land**

3 Kurze Wege zu KiTas und Schulen, attraktive Mobilitätsangebote, eine gute Nahversorgung, viel-
4 fältige Kultur-, Sport- und Freizeitangebote, eine bürgerfreundliche Verwaltung, Platz zum Woh-
5 nen und zum Arbeiten, Räume zur Naherholung im Einklang mit der Landwirtschaft, ein gutes Mit-
6 einander in der Nachbarschaft und ein Ort, an dem man zuhause ist: für Zufriedenheit und Lebens-
7 qualität braucht es viele Bausteine. Nirgends nimmt man diese deutlicher wahr als an dem Ort, an
8 dem man lebt: unserer Heimat. Es sind die Städte und Dörfer, die Kreise und Regionen, in denen es
9 ganz direkt spürbar ist, ob es sich vor Ort bestens leben lässt. Wir wollen, dass die Menschen über-
10 all in Baden-Württemberg, sowohl in der Großstadt als auch in den ländlichen Räumen, beste Le-
11 bensqualität haben. Deshalb bewerben sich viele tausend Kandidatinnen und Kandidaten der CDU
12 am 26. Mai 2019 um ein kommunales Mandat. Frauen und Männer, Junge und Ältere, Persönlich-
13 keiten aus der Mitte unserer Gesellschaft, die sich dafür einsetzen, dass die Menschen in Baden-
14 Württemberg in Stadt und Land bestens leben können!

15 **Solide. Unabhängig. Verantwortlich.**

16 **Kommunale Selbstverwaltung, Finanzen und Gestaltungsmöglichkeiten**

17 Starke, selbständige Kommunen steigern die Lebensqualität der Menschen. Denn öffentliche Auf-
18 gaben lassen sich am besten dort erledigen, wo sich die Herausforderungen auch ganz konkret
19 stellen. Die kommunale Selbstverwaltung ist deshalb für uns weit mehr als ein Schlagwort. Sie ist
20 Voraussetzung für die eigenständige Wahrnehmung der Aufgaben auf kommunaler Ebene und
21 Garant für eine dynamische Entwicklung des ganzen Landes. Deshalb setzen wir uns ohne Wenn
22 und Aber für die kommunale Selbstverwaltung ein und wollen diese stärken, um den Bürgerinnen
23 und Bürgern sowie den Entscheidungsträgern mehr Freiräume zur Gestaltung vor Ort zu geben.

24 Solide Kommunalfinanzen sind dafür die Grundlage. Kreise, Städte und Dörfer müssen in der Lage
25 sein, ihre Aufgaben auch erfüllen zu können. Deshalb gilt für uns ganz klar: „Wer bestellt, bezahlt.“
26 Das muss auch für neue Aufgaben gelten, die vom Bund oder vom Land an die Kommunen übertra-
27 gen werden. Wir wollen, dass die Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen fair und plausi-
28 bel ist. Mit Auslaufen des Solidarpakts muss deshalb auch die bis 2019 befristete erhöhte Gewer-
29 besteuerumlage, der „Kommunal-Soli“, entfallen. Im Sinne der Kommunen gilt es auch die Reform
30 der Grundsteuer anzugehen. Dabei muss künftig weiterhin ein kommunales Hebesatzrecht garan-
31 tiert sein. Städte und Gemeinden mit einer großen Fläche geraten zuweilen mit den Maßnahmen

32 zum Erhalt der Infrastruktur an ihre Grenzen. Davon betroffen sind überwiegend Kommunen im
33 ländlichen Raum. Mit der Einführung eines Flächenfaktors in das kommunale Finanzausgleichsge-
34 setz des Landes soll die aus der Größe einer Kommune resultierende höhere Infrastrukturbelas-
35 tung neben der Gewichtung von Steuerkraft und Einwohnerzahl einbezogen werden. Es geht dabei
36 um eine gezielte Unterstützung zur Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle. Mit
37 einer solchen Komponente soll das Leben und Wohnen im ländlichen Raum attraktiv sein. Der Sied-
38 lingsdruck in den Ballungsgebieten kann dadurch entlastet werden, dass für die Bürgerinnen und
39 Bürgern die ländlicheren Gebiete des Landes als echte Alternative aktiviert werden. Mit einem
40 Flächenfaktor soll eine auskömmliche Finanzausstattung der betroffenen Städte und Gemeinden
41 zur Berücksichtigung der höheren Infrastrukturbelastung gewährleistet werden. Die betroffenen
42 Kommunen erhalten dadurch Planungssicherheit für die Zukunft. Solide Finanzen sind aber nicht
43 nur eine Frage der Einnahmen, sondern auch der Ausgaben. Ausgaben, die über die Leistungsfä-
44 higkeit der Kommune hinausgehen, darf es grundsätzlich nicht mehr geben, wenn auch nachfol-
45 gende Generationen Gestaltungsspielraum haben sollen.

46 Zur kommunalen Selbstverwaltung gehört für uns die Planungshoheit der Gemeinden. Auch wenn
47 wir die „Netto-Null“ beim Flächenverbrauch anstreben, benötigen wir mehr Flexibilität für eine
48 gesunde bauliche Entwicklung der Städte und Dörfer unter Würdigung der örtlichen Nachfrage
49 und wirtschaftlichen Entwicklung. Auch wenn wir beim erleichterten Nachweis für den Bedarf an
50 dringend benötigten Wohnbauflächen und bei dem vereinfachten Flächentausch bereits erfolg-
51 reich waren, setzen wir uns dafür ein, dass auch über 2019 hinaus durch vereinfachte Verfahren
52 neue Wohnbauflächen geschaffen werden können.

53 **Subsidiär. Interkommunal. Europäisch.**

54 **Eigenverantwortung, interkommunale Zusammenarbeit und Europa**

55 Die Gemeinden und Landkreise in Baden-Württemberg sind so stark und leistungsfähig, dass es
56 einer Neugliederung von Kommunen nicht bedarf. Wir stehen zur gewachsenen Struktur unserer
57 Städte, Gemeinden und Landkreise im Land. Wir stehen zur überragenden Bedeutung des Subsidi-
58 aritätsprinzips, das zunächst unseren Städten und Gemeinden in Zuständigkeiten sieht, sofern
59 Aufgaben nicht auf darüber liegenden staatlichen und überstaatlichen Ebenen besser wahrge-
60 nommen werden können.

61 Zur Stärkung dieser Eigenverantwortung unserer Kommunen kann die interkommunale Zusam-
62 menarbeit beitragen. Wo rechtliche Hürden einer einfachen und unkomplizierten Zusammenarbeit
63 im Weg stehen, müssen diese beseitigt und an tatsächliche Bedürfnisse angepasst werden. Beson-
64 ders für kleinere Kommunen und Landkreise kann in Zeiten der demografischen Veränderung diese
65 Form der Zusammenarbeit ein zukunftsweisender Weg sein. Die demografische Entwicklung stellt
66 die Kommunen vor dauerhafte Herausforderungen, die in der interkommunalen Zusammenarbeit
67 leichter gelöst und finanziert werden können. Sie ermöglicht Synergieeffekte, durch sie können
68 erhebliche Finanzmittel bei den Kommunen eingespart werden. Somit wird nicht nur die finanzielle

69 Leistungsfähigkeit der Kommunen gestärkt, sondern gleichzeitig auch das Angebot für die Bürge-
70 rinnen und Bürger verbessert.

71 Die Städte und Gemeinden unseres Landes tragen über viele Städtepartnerschaften Schulpartner-
72 schaften und Jugendaustausche dazu bei, Europa vor Ort erlebbar zu machen. Die grenzüberschrei-
73 tende Kooperation am Oberrhein, am Hochrhein und am Bodensee hat für die Bürgerinnen und
74 Bürger zu vielen Erleichterungen im Alltagsleben beigetragen und auch wirtschaftlich gestärkt. Ein
75 Ausbau ist daher im besten Sinne Baden-Württembergs. Insbesondere sollten die Eurodistrikte als
76 erfolgreiche grenzüberschreitende Einheiten weiter entwickelt werden. Einer dringenden Reform
77 bedarf jedoch das EU-Vergaberecht. Europaweite öffentliche Ausschreibungen sind mit hohem
78 Aufwand verbunden, die nicht immer im Verhältnis zum Auftragswert stehen. Deshalb setzen wir
79 uns für eine deutliche Anhebung der Schwellenwerte für die Pflicht zur europaweiten Ausschrei-
80 bung ein. Das entlastet kommunale Verwaltungen, stärkt die regionale Wirtschaft und sichert bei
81 Großinvestitionen europaweite Chancengleichheit. Dadurch können Betriebe vor Ort wieder ver-
82 mehrt berücksichtigt werden und hilft somit, Arbeitsplätze und Gewerbesteuer zu sichern.

83 **Urban. Ländlich. Attraktiv.**

84 **Städte, Ländlicher Raum, Politik aus einem Guss**

85 Urbane Zentren und ländliche Regionen haben ihre eigenen Herausforderungen. Beides in den
86 Blick zu nehmen und zu fördern hat Baden-Württemberg stark gemacht. Wie keine andere Partei
87 stehen wir für eine ausgeglichene Entwicklung von Ländlichem Raum und Ballungsräumen, von der
88 alle im gesamten Land profitieren. Wir stehen dafür, dass in Baden-Württemberg Chancen und
89 Lebensqualität im ganzen Land gewährleistet sind – sowohl in den städtischen Zentren als auch in
90 der Fläche.

91 Die umfassenden Möglichkeiten der Kommunikation, gekennzeichnet von flächendeckender On-
92 linepräsenz und Vernetzung, die immer größer werdende und sich verändernde Mobilität lassen
93 nicht nur die Lebensweise in Stadt und Land sich annähern, sondern auch die Sichtweisen. Und
94 trotzdem: Großstädte sind anders, weil die tatsächlichen Bedingungen anders sind. Soziale Ent-
95 wicklungen werden in Großstädten schneller sichtbar.

96 Rund 70 Prozent der Fläche des Landes ist Ländlicher Raum. Hier leben rund 3,8 Millionen Men-
97 schen, das sind mehr als ein Drittel der Bevölkerung. Baden-Württemberg profitiert bis heute von
98 seiner historisch gewachsenen, dezentralen Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur. Auch die Bildungs-
99 , Hochschul- und Forschungsinfrastruktur ist in Baden-Württemberg dezentral. Die Wirtschaft des
100 Ländlichen Raums ist neben Großbetrieben vor allem durch das Handwerk aber auch durch zahlrei-
101 che kleine und mittelständische Unternehmen geprägt, darunter zahlreiche Familienbetriebe, die
102 in ihrem Segment häufig führend auf dem Weltmarkt sind. Immer mehr Start-Ups finden sich auch
103 in den ländlicheren Regionen

104 Beides gehört untrennbar zu Baden-Württemberg und macht unser Land erfolgreich. Die Zukunft
105 einer Gemeinde wird aber nicht nur im Rathaus bestimmt. Auch die Rahmenbedingungen für er-

106 folgreiche Kommunalpolitik wollen richtig gesetzt sein. Deshalb geht es auch um die Verzahnung
107 der einzelnen Politikebenen. Wir tragen Verantwortung auf allen politischen Ebenen. In der Lan-
108 desregierung, in der Bundesregierung und in Europa. Damit gewährleisten wir eine „Politik aus
109 einem Guss“. Unsere klare Forderung, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, ist erklärtes
110 Ziel in Land, Bund und Europa

111 **Gemeinsam. Miteinander. Aktiv.**

112 **Bürgerbeteiligung, Ehrenamt, Sport, Vereine, Demographie, Inklusion und In-**
113 **tegration**

114 Demokratie lebt von Beteiligung. Nie waren die Menschen in unserer Geschichte freier als heute.
115 Dieses Selbstbewusstsein und die Bereitschaft, sich in die Gesellschaft einzubringen, sind beste
116 Voraussetzungen für eine lebendige Bürgergesellschaft. Eine umfassende Bürgerbeteiligung im
117 Vorfeld wichtiger kommunalpolitischer Entscheidungen gehört deshalb für uns als elementarer
118 Bestandteil zur Politik dazu. Damit werden Entscheidungsprozesse transparent und somit nach-
119 vollziehbar, die Qualität der Entscheidungen höher und deren Akzeptanz stärker. Wir setzen uns
120 daher für eine lebendige und vielfältige Mitmachkultur ein, die auch junge Menschen animieren
121 soll, sich aktiv und bürgerschaftlich einzubringen. Die in vielen Kommunen vorhandenen und be-
122 währten Jugendgemeinderäte wollen wir weiter ausbauen und stärken. Als ergänzende Instrumen-
123 te möchten wir themenbezogene Jugendforen sowie Beteiligungsgremien für Senioren und andere
124 Gruppen als selbstverständlichen Bestandteil einer echten Bürgergesellschaft etablieren. Bürger-
125 beteiligung darf aber nicht das Privileg der Starken und Lauten in unseren Kommunen sein, son-
126 dern muss faire Beteiligungsmöglichkeiten für alle bieten. Deshalb setzen wir bei der Nutzung von
127 Elementen direkter Demokratie sowohl auf den Zusammenhang von Entscheidung und Verant-
128 wortlichkeit als auch darauf, die Belange der Bürgerinnen und Bürger im Blick zu behalten, die ihre
129 Stimme nicht erheben. Zugleich haben die Menschen einen Anspruch darauf, dass die gewählten
130 Volksvertreter am Gemeinwohl orientierte Entscheidungen treffen. Es entspricht unserem Ver-
131 ständnis, dass Verwaltung und Gemeinderat im Sinne der Bürgerinnen und Bürger entscheiden.
132 Um die Bürgermeinung noch besser zu kennen, wollen wir bei wichtigen Themen verstärkt Bürger-
133 befragungen durchführen. Da das Instrument der Bürgerbefragung nicht durch rechtliche Vorga-
134 ben eingeschränkt ist, kann die Fragestellung passgenau auf die örtliche Situation zugeschnitten
135 werden, um die tatsächliche Interessenslage zu erfassen und bei den Entscheidungen im Gemein-
136 derat zu berücksichtigen.

137 Besonders großen Einsatz für die Gemeinschaft zeigen die vielen ehrenamtlichen tätigen Baden-
138 Württembergerinnen und Baden-Württemberger. Fast jede und jeder Zweite im Südwesten setzt
139 sich freiwillig, unentgeltlich und uneigennützig für das Gemeinwohl ein: ob in Sport- und Musik-
140 vereinen, Jugend-, Kultur- und Sozialverbänden, Kirchen, Religionsgemeinschaften und sonstigen
141 Hilfsorganisationen, wie beispielsweise beim THW, den Rettungsdiensten, der Feuerwehr oder in
142 Stiftungen und Verbänden. Dieser Einsatz ist im wahrsten Sinne des Wortes unbezahlbar und un-
143 schätzbar viel wert. Finanzielle Haftung, ausufernde Dokumentationspflichten und unverhältnis-
144 mäßige Auflagen erschweren diesen Dienst für die Gemeinschaft in immer stärkerem Maße. Wir

145 setzen uns über alle politischen Ebenen hinweg dafür ein, dass diese Entwicklung gebremst und
146 umgekehrt wird. Menschen, die sich in ihrer Freizeit für Vereine einsetzen, wollen gestalten, nicht
147 verwalten. Der uneigennützig Einsatz vieler Ehrenamtlicher ist deshalb noch stärker zu würdigen
148 und anzuerkennen. Dies kann über besondere Veranstaltungen, Ehrungen oder andere Formen der
149 Anerkennung geschehen. Durch einen Ehrenamtspass beispielsweise kann als Anerkennung für
150 ehrenamtliche Tätigkeit die Nutzung von gemeindeeigene Einrichtungen wie Bäder und Bücherei-
151 en sowie der Eintritt für Sport- und Kulturveranstaltungen vergünstigt gewährt werden. Sport und
152 Vereinswesen bereichern zudem das Angebot für Kultur und Freizeit. Alleine im Landessportver-
153 band Baden-Württemberg sind 3,8 Millionen Mitglieder in 11.400 Vereinen organisiert. Dazu
154 kommen noch viele Freizeitsportler, die ihren Sport individuell und nicht organisiert im Verein
155 betreiben. Deshalb ist es wichtig, neben funktionalen Sportstätten und einer gut funktionierenden
156 Sportinfrastruktur auch ausreichend Lebens- und Bewegungsräume für eine aktive Freizeitgestal-
157 tung vorzuhalten. Der Sportstättenbau sowie die nötige Sportinfrastruktur muss dauerhaft unter-
158 stützt und der bestehende Sanierungsstau gerade bei kommunalen Anlagen abgebaut werden.
159 Dies gilt auch für die vielen Frei- und Hallenbäder als beliebte Freizeiteinrichtungen für Jung und
160 Alt, insbesondere für Familien, Vereine und das Schulschwimmen. Sie sollen weiterhin fester Be-
161 standteil eines vielfältigen Sport- und Freizeitangebotes sein. Deshalb muss der Solidarpakt Sport
162 des Landes auch über 2021 hinaus auf mindestens seinem derzeitigen Niveau von rund 90 Mio.
163 Euro jährlich fortgeführt werden. Nur so können Angebote der Kinder- und Jugendarbeit im Sport
164 oder auch der behindertengerechten Ausbau von kommunalen Sportanlagen dauerhaft gestemmt
165 werden. Durch die demographische Entwicklung rücken auch immer mehr die Anforderungen an
166 bauliche Einrichtungen für ältere Menschen in den Blick. Dies gilt es, auch für Erfordernisse bei
167 Sportanlagen zu berücksichtigen. Denn immer mehr Menschen können erfreulicherweise auch in
168 höherem Alter noch sportlich aktiv sein.

169 Die demographische Entwicklung stellt die Gemeinden vor zahlreiche Herausforderungen. Stadt-
170 entwicklung und Wohnungsbauförderung müssen Antworten geben auf die Veränderungen der
171 Einwohnerstruktur. Senioren haben einen festen Platz in unserer Gesellschaft. Verstärkte Aufgabe
172 ist es daher, bei der Stadtplanung die Bedürfnisse der älteren Generation zu beachten. Gleiches
173 gilt für Menschen mit Behinderung. Es muss möglich sein, so lange wie möglich in seinen vertrau-
174 ten vier Wänden wohnen zu können. Barrierefreiheit beim Neubau kommunaler Wohnungen wird
175 heute von Anfang an weitgehend mitgedacht. Es muss aber bei der Gestaltung des Wohnumfeldes
176 in städtischen und ländlichen Räumen noch deutlich stärker für die Erreichbarkeit von Bus und
177 Bahn, von Arzt und Apotheke, von Einkaufsmöglichkeiten und kulturellen Einrichtungen gesorgt
178 und so die Anbindung an das gesellschaftliche Leben sichergestellt werden. Zusätzlich können
179 Mehrgenerationen-Häuser Möglichkeiten bieten, junge Familien und ältere Menschen unter einem
180 Dach zu verbinden. Sie können die Integration der Generationen begünstigen und den Zusammen-
181 halt der Gesellschaft und in den Kommunen stärken. Sie können auch ein wichtiger Baustein dabei
182 sein, das Aussterben von Ortskernen zu verhindern und auch in Ortsmitten Wohnen attraktiv zu
183 gestalten.

184 In unserer Gesellschaft, die von zunehmender Individualisierung und von kultureller Vielfalt ge-
185 prägt ist, ist es wichtig, einen respektvollen Umgang zu fördern und persönliche Begegnungen zu

186 unterstützen. Zunehmend fühlen Menschen sich einsam, manchmal auch ausgegrenzt und von der
187 Gesellschaft nicht akzeptiert. Wir wollen eine Kultur des Miteinanders, die die gegenseitige An-
188 teilnahme und Hilfe fördert, egal ob in den Unternehmen, in den Vereinen, in der Familie, unter
189 Nachbarn, im Freundeskreis oder in der Schule.

190 Deutschland hilft in besonderem Maße Menschen, die in Not geraten sind. Viele flüchtenden Men-
191 schen nehmen mit ihren Familien weite Wege auf sich, um vor Krieg, Verbrechen, Verfolgung und
192 Vergewaltigung zu fliehen. Diesen Menschen möchten wir Schutz und Sicherheit geben. Die Kom-
193 munen und die vielen ehrenamtlichen Helfer leisten tagtäglich Außergewöhnliches. Der in
194 Deutschland eingeschlagene Weg, internationale und europäische Lösungen anzustreben, ist rich-
195 tig. Dazu gehören vor allem auch Hilfen vor Ort in den Herkunftsländern. Nur durch die klare Dif-
196 ferenzierung zwischen Armuts- bzw. Wirtschaftsflüchtlingen und Kriegsflüchtlingen können die
197 Flüchtlingszahlen spürbar reduziert werden. Dies ist die Grundlage dafür, die Integrationsfähigkeit
198 der Gesellschaft nicht zu überfordern. Deswegen benötigen die Kommunen – trotz größtmöglicher
199 Flexibilität und Hilfsbereitschaft – vor allem Planbarkeit und Verlässlichkeit. Die Integration der
200 Flüchtlinge, welche dauerhaft bei uns bleiben, ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
201 In den Kommunen wird umfangreiche Integrationsarbeit geleistet. Viele Mitbürgerinnen und Mit-
202 bürger engagieren sich ehrenamtlich in diesem Bereich, sie müssen aber auch künftig durch haupt-
203 amtliche Kräfte unterstützt werden. Die Kommunen müssen bei der Integration auch künftig von
204 Bund und Land unterstützt werden. Die finanzielle Ausstattung für die Kommunen in den Berei-
205 chen Unterbringung und Integration muss deshalb vom Bund und vom Land übernommen werden.
206 Die Kostenerstattung darf nicht auf Kreisebene enden. Dazu zählt auch die klare Bezifferung künf-
207 tiger Kosten, die die Kommunen etwa im Rahmen von Integrationsleistungen zu tragen haben.
208 Arbeitsmarktprogramme sowie verbesserte Rahmenbedingungen für Integrations- und Sprachkur-
209 se sind zu begrüßen. Der Grundsatz „Fördern und Fordern“ muss zum festen Bestandteil werden,
210 ohne den die anerkannten Flüchtlinge sich in unserer Gesellschaft nicht integrieren können.

211 **Fürsorglich. Fördernd. Erfolgreich.**

212 **Familie, Betreuung, Schule, Ausbildung**

213 Familien wissen am besten, was für sie gut und richtig ist. Der Staat ist nicht bessere Mutter oder
214 besserer Vater. Wir wissen: Die Eltern tragen die Hauptverantwortung für die Erziehung ihrer Kin-
215 der und leisten dabei Unersetzliches. Deshalb wollen wir Familien bestmöglich unterstützen, ohne
216 sie ersetzen zu wollen. Um die Familien und das Miteinander der Generationen vor Ort zu stärken,
217 sollen Öffnungszeiten von Kitas, aber auch von Behörden und Ämtern sowie von Kultur- und
218 Sporteinrichtungen, die individuellen Arbeitszeiten im Beruf, Unterrichts- und Betreuungszeiten
219 an den Schulen und die Fahrpläne der öffentlichen Verkehrsmittel besser aufeinander abgestimmt
220 und flexibel gestaltet werden. Die Kommunen sollen es als ihre Aufgabe betrachten, die verschie-
221 denen Angebotsträger entsprechend zu koordinieren. Dies stärkt Familien, berufliche Tätigkeit,
222 Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen besser miteinander vereinbaren zu können. Bei
223 all dem leitet uns das Prinzip einer echten Wahlfreiheit. Betreuungsangebote müssen daher im
224 Grundsatz immer freiwillig und flexibel sein. Nur so ist es möglich passgenaue Angebote zu schaf-

225 fen und die Familien dort zu entlasten, wo es gewünscht wird. Aufgrund der zunehmenden Heraus-
226 forderungen des Alltags wollen wir passgenaue Betreuungsangebote schaffen, zum Beispiel durch
227 den Ausbau von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren, und Familien von Anfang an durch
228 Beratung unterstützen. Gute Erziehung und beste Bildung sind die Grundlagen für das gelingende
229 Heranwachsen unserer Kinder, mit dem Ziel, dass jeder die Chance hat, seine Fähigkeiten mög-
230 lichst optimal zu entwickeln und so seinen Platz in unserer Gesellschaft zu finden.

231 Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder helfen dabei, Familie und Beruf besser in Ein-
232 klang zu bringen. Wir unterstützen – entlang des konkreten, örtlichen Bedarfs – die Weiterentwick-
233 lung dieser Betreuungsangebote, die insbesondere auch zu einer Flexibilisierung der Betreuungs-
234 zeiten führen muss. Kindertageseinrichtungen haben eine anspruchsvolle Bildungsaufgabe und der
235 Orientierungsplan ist eine wesentliche Basis dieser Arbeit. Eine gute personelle und räumliche
236 Ausstattung der Kinderbetreuungsangebote ist Grundvoraussetzung dafür. Das Erlernen der deut-
237 schen Sprache ist die Grundlage für eine gelungene Bildungsentwicklung. Gerade in Städten mit
238 einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund wird die Sprachförderung zu einer we-
239 sentlichen Aufgabe in den Kindertageseinrichtungen und Kindergärten. Wir setzen uns für Sprach-
240 standsuntersuchungen für alle Kinder ab drei Jahren ein. Wenn sich herausstellt, dass die Sprach-
241 kenntnisse nicht ausreichen, soll eine verpflichtende Sprachförderung im Kindergarten und in der
242 Schule erfolgen. Die frühkindliche Sprachförderung „SPATZ“ muss mit ihren beiden Förderwegen
243 ISK und SBS weitergeführt werden und gegebenenfalls um eine verpflichtende Komponente erwei-
244 tert werden. Im Mittelpunkt der KiTas und Kindergärten muss immer die Arbeit am Kind stehen.
245 Wir wollen deshalb den bürokratischen Aufwand durch Dokumentationspflichten reduzieren, da-
246 mit Erzieherinnen und Erzieher mehr Zeit für die Kinder und für ihre eigentlichen Aufgaben haben.

247 Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung im Grundschulalter werden die Kommunen als
248 Schulträger vor neue Herausforderungen gestellt, die letztlich auch nur mit finanzieller Unterstüt-
249 zung des Bundes leistbar sind. Dieser zusätzliche Baustein für eine noch bessere Anpassung von
250 Familie an das Berufsleben muss jedoch auch den Grundsätzen von Freiwilligkeit, Flexibilität und
251 Bedarf folgen. Dabei dürfen Eltern nicht zur Nutzung eines verpflichtenden Angebotes durch feh-
252 lende Alternativen faktisch gezwungen werden. Wir setzen auch hier ganz klar auf das Prinzip der
253 Wahlfreiheit. Gleiches gilt auch für Ganztagesangebote an den weiterführenden Schulen. Dabei
254 darf jedoch keine Schulart bevorzugt werden. Alle Schularten müssen die Möglichkeit haben, bei
255 Bedarf Ganztagsangebote zu machen, um eine intensivere pädagogische Förderung der Kinder zu
256 gewährleisten und die Eltern zu unterstützen. Es darf jedoch keinen Zwang zur Ganztagschule
257 geben. Dabei sollen bestehende Einrichtungen der Betreuung wie Horte und Kernzeitbetreuung
258 mit den Ganztagschulen sinnvolle Kooperationen finden, die durch die Zusammenarbeit mit ex-
259 ternen Einrichtungen wie Vereinen, Kirchen, der Jugendhilfe und Ehrenamtlichen ergänzt werden
260 kann. Auch die Betreuung in den Ferien ist für viele berufstätige Eltern eine große Herausforde-
261 rung. Hier arbeiten Kommunen oft mit Vereinen und kirchlichen Organisationen sowie mit Nach-
262 bargemeinden und den Landkreisen zusammen, um ein bedarfsgerechtes Angebot anbieten zu
263 können. Wir unterstützen solche Kooperationen ausdrücklich.

264 Die schulpolitische Ausrichtung der Landesregierung hat unsere volle Unterstützung. Das gilt ins-
265 besondere für das klare Bekenntnis zur Grundschule vor Ort. „Kurze Beine-kurze Wege“: dieser
266 Grundsatz hat nichts an Aktualität und Gültigkeit eingebüßt. Die für die ABC-Schützen zu Fuß er-
267 reichbare Grundschule ist ein unverzichtbarer Standortfaktor für die Gemeinden und ein wesentli-
268 cher Beitrag für eine hohe Lebensqualität junger Familien. Wir unterstützen das Ansinnen, statt
269 Strukturfragen wieder mehr die Qualität des Unterrichts in den Blick zu nehmen. Deshalb stehen
270 wir für eine sinnvolle Weiterentwicklung der Evaluationen an den Schulen, eine praxisnahe und
271 hochwertige Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer, die Unterstützung der Lehrkräfte
272 durch Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter sowie die Bereitstellung von notwendigen Res-
273ourcen wie Sachmittel und Räume. Die Kommunen sind für die bildungspolitische Infrastruktur,
274 also unsere Schulgebäude und die dazu gehörige Einrichtung, zuständig. Durch Ganztagsbetreu-
275ung, Digitalisierung, Inklusion und andere Entwicklungen, sind neue Herausforderungen notwen-
276dig. Die Schulbauförderung des Landes muss diese Entwicklungen berücksichtigen und dauerhaft
277 auch Sanierungen umfassen. Die verwaltungsmäßige Abwicklung der Förderung muss dabei so
278 gestaltet werden, dass Sanierungen möglichst in den Schulferien vorgenommen werden können.
279 Bei all diesen Überlegungen gehen wir vom Wohl des Kindes aus und wollen begabungsdifferenzie-
280rende, begabungsgerechte und begabungsfördernde Bildungswege von hoher Qualität. Dabei set-
281zen wir mit Blick auf die Herausforderungen der Inklusion auf die hohe Kompetenz der sonderpä-
282dagogischen Bildung- und Beratungszentren. Durch die verbindliche Vorlage der Grundschulemp-
283fehlung an der weiterführenden Schule konnten wir eine wichtige Veränderung im Sinne einer
284 qualitativ guten Weiterentwicklung herbeiführen. Dies gilt besonders auch für die Stärkung der
285 Realschulen mit mehr Poolstunden. Damit tragen wir den gewachsenen Herausforderungen gerade
286 dieser Schulart Rechnung und konnten die Benachteiligung gegenüber der Gemeinschaftsschule
287 schrittweise beseitigen. Auch weiterhin sehen wir die Gymnasien als festen, unverzichtbaren Teil
288 unserer Schullandschaft an, der bestens auf ein Studium vorbereitet. Zugleich wird die Hälfte der
289 Hochschulzugangsberechtigungen eines Jahrgangs bereits heute über das berufliche Schulwesen
290 erreicht. Das berufliche Schulwesen verkörpert in besonderem Maß unseren Anspruch: „kein Ab-
291schluss ohne Anschluss“. Die beruflichen Gymnasien sind für uns eine neunjährige Alternative zum
292 achtjährigen allgemeinbildenden Gymnasium. Beide Schularten stehen für uns gleichberechtigt
293 nebeneinander.

294 Die Stärkung der Berufsschulen vervollständigt in diesem Zusammenhang das positive Bild. Sie
295 sind ein festes Standbein unseres Bildungssystems. Die duale Berufsausbildung ist ein deutsches
296 Erfolgsmodell und wichtiges Element des differenzierten Bildungssystems in Baden-Württemberg.
297 Die Stadt- und Landkreise haben in den letzten Jahrzehnten die Berufsschulen im Land infrastruk-
298turell so ausgestattet, dass diese starke und hervorragende Partner der Wirtschaft sind. Dieses
299 ausgewogene Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten soll erhalten und weiter ausgebaut werden.
300 Die Landkreise als Partner der Agenturen für Arbeit setzen sich auch dafür ein, Fachkräften mit
301 Migrationshintergrund eine Teilhabe am Wirtschafts- und Erwerbsleben zu ermöglichen. Zentral ist
302 dabei die Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen im Falle ihrer Gleichwer-
303tigkeit. Das mildert den aktuellen und zukünftigen Fachkräftemangel und ist ein wichtiger Beitrag
304 zu Integrationsprozessen. Mit Blick auf wichtige Ausbildungsberufe müssen auch Kleinklassen
305 möglich sein, damit die Schüler nicht aufgrund langer Anfahrtswege davon abgehalten werden,

306 diese Berufe zu wählen. Insgesamt muss eine deutliche Attraktivitätssteigerung der Ausbildungs-
307 berufe, vor allem im Handwerk und in der Pflege, erreicht werden.

308 **Modern. Innovativ. Traditionell.**

309 **Wirtschaft, Breitband, E-Government, Verwaltung, Ortscharakter**

310 Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk sind zentrale Leistungsträger unserer Gesellschaft und Ga-
311 rant für unseren Wohlstand. Kommunen sollen sich als wichtige Partner dieser zentralen Akteure
312 verstehen, geeignete Rahmenbedingungen schaffen und die notwendige Infrastruktur zur Verfü-
313 gung stellen. In den kommunalen Verwaltungen müssen Unternehmer kompetente Ansprechpart-
314 ner finden. Dies stärkt Gründer und mittelständische Unternehmen als Impulsgeber für Innovation
315 und Wachstum. Auch die Städte und Gemeinden im Ländlichen Raum sollen die Möglichkeit behal-
316 ten, Wohnbau- und Gewerbeflächen vor allem auch für hochqualifizierte Arbeitsplätze anzubieten.
317 Wir unterstützen die Entwicklung von mittelständischen Unternehmen, vor allem von Familienbe-
318 trieben, auch wenn es um die Ausweisung von Gewerbeflächen und Gewerbeansiedlungen geht.

319 Datenstränge sind die Autobahnen des 21. Jahrhunderts. Ein flächendeckender Ausbau von Gigabit
320 Glasfasernetzen ist dringend erforderlich. Hier sind dauerhafte Hilfen des Landes erforderlich,
321 damit wir weiterhin technologisch an der Spitze bleiben. Wir unterstützen die Anstrengungen der
322 Landesregierung, den digitalen Transformationsprozess mit einer Milliarde Euro entscheidend
323 voranzubringen. Es zahlt sich aus, dass die Digitalisierung im Innenministerium gebündelt wurde.
324 Dank der vorbildhaften Digitalisierungsstrategie des Landes kann den Herausforderungen und
325 Aufgaben erfolgreich begegnet werden. Dabei begrüßen wir die klare Schwerpunktsetzung der
326 Landesregierung beim Glasfaserausbau, um zum Schrittmacher bei der Digitalisierung in Deutsch-
327 land zu werden. Nur mit einer zeitgemäßen, flächendeckenden und zukunftsgerichteten digitalen
328 Infrastruktur werden wir als Wirtschaftsstandort in der Weltspitze bleiben können. Breitbandver-
329 sorgung ist Daseinsvorsorge. Der Ausbau von modernen Glasfasernetzen erfordert erhebliche In-
330 vestitionen, die nur durch gemeinsame Anstrengungen von öffentlicher Hand und der Telekom-
331unikationswirtschaft erreicht werden können. Den Kommunen – vor allem im Ländlichen Raum –
332 kommt hier eine Schlüsselrolle als Vermittler, Organisatoren und Investoren zu. Bestenfalls ge-
333 schieht dies im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit. Mit dem Betreibermodell steht
334 den Kommunen ein Instrument zur Verfügung, zu dem wir uns klar bekennen und das unsere volle
335 Unterstützung hat. Um den Sprung in das Gigabit-Zeitalter zu schaffen, ist aber auch die Europäi-
336 sche Union angehalten, ihre Breitbandleitlinien immer wieder auf deren Praxistauglichkeit zu prü-
337 fen und an die technologische Entwicklung anzupassen. Die Aufgreifschwelle von 30 Mbit ist viel
338 zu niedrig angesetzt und muss deutlich angehoben werden. W-LAN ist vielerorts kaum mehr aus
339 der digitalen Infrastruktur wegzudenken. In vielen Kommunen gibt es ein attraktives, flächende-
340 ckendes und zuverlässig schnelles Angebot. Wo es noch Verbesserungsbedarf gibt, sollten Einzel-
341 handel, Gastronomie und öffentliche Einrichtungen in das Konzept eines gemeinsamen WLAN-
342 Netzes miteinbezogen werden. Daneben fordern wir einen schnelleren Ausbau des mobilen Inter-
343 nets. Die CDU-geführte Bundesregierung wird hierzu aus dem Erlös der Versteigerung der 5-G-

344 Lizenzen einen Fonds von mindestens 12 Milliarden auflegen, um die Digitalisierung erheblich zu
345 beschleunigen.

346 Aufwändige Genehmigungsverfahren oder viele unterschiedliche Anlaufstellen verzögern häufig
347 den Start von Unternehmen und können potentielle Gründer ausbremsen. Die elektronische Be-
348 reitstellung von Verwaltungsdienstleistungen muss deshalb auf allen politischen Ebenen umge-
349 setzt werden. Zudem sollen die Kommunen die Unternehmen über zentrale Angebote – wie bei-
350 spielsweise Online-Wirtschaftsportale – informieren. Die Digitalisierung unserer Gesellschaft
351 bringt neue Möglichkeiten mit sich, die auch in den Kommunalverwaltungen für Beschäftigte und
352 Bürger gleichermaßen von Vorteil sein können. Wir unterstützen die Landesregierung, im Bereich
353 der Verwaltungsstrukturen mehr digitale Möglichkeiten zu erschöpfen. Das Land ist aufgefordert,
354 die Kommunalverwaltungen bei dem Prozess der digitalen Verwaltungseinrichtung zu unterstüt-
355 zen. Eine besondere Herausforderung stellt die Digitalisierung für die Mitarbeiter der Gemeinde-
356 verwaltungen und kommunalen Unternehmen dar. Ohne eine qualifizierte Transformation von
357 Arbeit, wozu auch eine zunehmende Flexibilisierung zählt, ist E-Government nicht zu erreichen. In
358 diesem Zusammenhang schlägt auch immer mehr der Fachkräftemangel auf die Städte und Ge-
359 meinden durch. Viele Stellen, vor allem in kleineren Gemeinden, sind aufgrund des fehlenden
360 Nachwuchses nur zeitweise besetzt oder gar unbesetzt. Die kommunale Selbstverwaltung braucht
361 im Interesse der Aufgabenerfüllung für die Bürgerinnen und Bürger und auch im Interesse des
362 Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg qualifiziertes und leistungsbereites Personal. Wir be-
363 fürworten daher die Attraktivitätsoffensive der Landesregierung für den Öffentlichen Dienst mit
364 dem Ziel, motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten bzw. neu zu gewinnen und auszu-
365 bilden. Dazu trägt auch bei, dass es uns gelungen ist, die Rücknahme der Eingangsbesoldung für
366 Beamtinnen und Beamte durchzusetzen.

367 Trotz der zunehmenden Digitalisierung findet das Leben in der analogen Welt statt. Dabei schafft
368 die Pflege von Brauchtum und Tradition Verbundenheit und Zusammengehörigkeit. Beides gehört
369 für lebendige Städte und Dörfer zusammen: Tradition und Fortschritt. Mancherorts wird es jedoch
370 zunehmend schwieriger, Ortskerne lebendig und belebt zu erhalten. Hier setzt das Landesanie-
371 rungsprogramm und weitere Förderprogramme, insbesondere das Entwicklungsprogramm Ländli-
372 cher Raum (ELR) an. Wir wollen diese noch stärker darauf ausrichten, auch kleinere Gemeinden
373 lebens- und liebenswert zu erhalten. Apotheken, Ärzte, Hol- und Bringdienste, mobile Verkaufsstellen,
374 dezentrale Verwaltungsdienstleistungen und Bankfilialen sowie kurze, lokale Versorgungs-
375 und Wertschöpfungsketten, wie Direktvermarktung oder Hofläden, können mit kommunaler Un-
376 terstützung erfolgreich sein und die Lebensqualität auch in kleineren Ortschaften weiterhin hoch
377 halten.

378 **Gesund. Sicher. Umweltbewusst.**

379 **Medizinische Versorgung, Polizei, Alkoholverbot, Umwelt und Energie**

380 Wir sind uns der Verantwortung bewusst, auch in Zukunft eine flächendeckende, dezentrale und
381 wohnortnahe medizinische Versorgung gewährleisten zu können. Deshalb setzen wir uns gezielt

382 dafür ein, angehende Allgemeinmediziner für den Ländlichen Raum zu gewinnen. Weit über 30
383 Prozent der gut 7100 Hausärzte in Baden-Württemberg sind über 60 Jahre alt. Wenn wir heute
384 darauf nicht reagieren, ist morgen in den ländlichen Regionen die Huarztversorgung massiv be-
385 droht. Wir fordern daher die Einführung einer Landarztquote, die gewährleistet, dass auch mittel-
386 fristig eine wohnortnahe hausärztliche Versorgung möglich ist. Neben den Arztpraxen in den
387 Kommunen leisten auch die Krankenhäuser einen unverzichtbaren Beitrag für eine qualitativ
388 hochwertige medizinische Versorgung der Menschen in Baden-Württemberg. Wir wollen qualitativ
389 gleich hohe Niveaus in Stadt und Land sicherstellen. Die ambulante und die stationäre Versorgung
390 sowie die Notfallversorgung müssen weiter miteinander verzahnt werden. Die Schaffung von zu-
391 kunftsfähigen Krankenhausstrukturen muss auch dazu führen, dass die Häuser unter Berücksichti-
392 gung des medizinisch Notwendigen wirtschaftlich betrieben werden können. Höhere Investitions-
393 kostenzuschüsse sind dabei nötig. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, stetig
394 steigender Gesundheitskosten und komplexeren Krankheiten ist eine koordinierte und bedarfsori-
395 entierte Planung, die Qualitätskriterien entwickelt und auch anwendet, wichtiger denn je. Deshalb
396 fordern wir die zügige Entwicklung und Verankerung von verbindlichen Qualitätskriterien in der
397 Landeskrankenhausplanung, um den Patientinnen und Patienten eine hochwertige Versorgung mit
398 den besten Ergebnissen zu gewährleisten. Eine gut ausgebaute Gesundheitsinfrastruktur ist ein
399 wesentlicher Anreiz für die gesamte Kommunalentwicklung. Im Zuge des demografischen Wandels
400 müssen die Anforderungen sowohl für eine mobile als auch digitale ärztliche Versorgung vereinfacht
401 werden. Das Land hat dabei bereits mit „DocDirect“ und anderen Modellprojekten die Chan-
402 cen der Telemedizin erkannt und erprobt diese, um so für eine gesicherte Versorgung der Bürge-
403 rinnen und Bürger explizit im Ländlichen Raum zu sorgen. Bei der in vielen Regionen erforderlichen
404 Neuorganisation der Notfallversorgung ist auf eine gute Erreichbarkeit durch die Patienten und
405 auf abgestimmte Rahmenbedingungen für den ärztlichen Notdienst zu achten. Zum einen schreitet
406 das Land mit der Neuaufstellung der Leitstellenstruktur hier voran. Zum anderen müssen aber
407 auch die Bereichsausschüsse mehr Anstrengungen zur Einhaltung der Hilfsfristen unternehmen.
408 Hier sehen wir besonders die Kostenträger in der Pflicht, mehr Mittel bereitzustellen.

409 Mehr Mittel sind auch für eine leistungsfähige und personell wie sächlich gut ausgestattete Polizei
410 vor Ort unerlässlich. Mit der größten Einstellungsoffensive, die es in Baden-Württemberg je gab,
411 und einem nachhaltigen Stellenzuwachs investieren wir langfristig in mehr Sicherheit. Zudem brin-
412 gen wir durch die notwendigen Korrekturen an der Polizeireform die Beamtinnen und Beamten
413 durch ein zusätzliches Polizeipräsidium wieder näher zu den Menschen. Auch wenn Baden-
414 Württemberg in den letzten beiden Jahren nach den Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik wie-
415 der weniger Straftaten und höhere Aufklärungsquoten verzeichnen kann, dürfen wir die Hände
416 nicht in den Schoß legen. Besonders die Verlagerung von Straftaten in den öffentlichen Raum dul-
417 den wir nicht. Hier setzen wir neben einer höheren Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit und dem
418 Ausbau intelligenter Videoüberwachung auf maßgeschneiderte Sicherheitskonzepte, die wie die
419 Beispiele Freiburg und Heidelberg zeigen, Kriminalität erfolgreich bekämpfen. Eine kleine, aber
420 effektive Maßnahme zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens ist, für eine gute Beleuchtung
421 auf öffentlichen Wegen und Plätzen zu sorgen. Wir haben uns darüber hinaus für die Möglichkeit
422 eingesetzt, dass die Kommunen eigenständig gegen Alkoholexzesse im öffentlichen Raum vorge-

423 hen können. Befristet und lageabhängig ist es nun möglich, für innerstädtische Brennpunkte ein
424 Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen zu erlassen.

425 Die Bewahrung der Schöpfung ein wesentlicher Bestandteil unseres Wertekompasses. Verantwor-
426 tungsvolle Umweltpolitik bedeutet für uns, die Lebensqualität der Menschen zu sichern, die Schöp-
427 fung zu bewahren und unseren Planeten künftigen Generationen in einem guten Zustand zu über-
428 geben. Dabei sehen wir den Menschen nicht als Fremdkörper, sondern als elementaren Teil der
429 Schöpfung. Nachdem der Mensch die charakteristische Kulturlandschaft Baden-Württembergs
430 über Jahrhunderte hinweg gepflegt hat, begreifen wir eine intakte Umwelt und nachhaltiges
431 Wachstum nicht als Gegensatz. Beim Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen setzen wir vielmehr
432 auf das Zusammenwirken von Umweltschutz und Wirtschaft. Dem Klimawandel, dem Insekten-
433 sterben, der Luftverschmutzung und zukünftigen Umweltproblemen wollen wir im Sinne des Vor-
434 sorgeprinzips mit moderner Technologie aus Baden-Württemberg entgegentreten und konstrukti-
435 ve Lösungen entwickeln. In diesem Zusammenhang setzen wir uns auch und gerade auf kommuna-
436 ler Ebene für eine verantwortungsvolle Gestaltung des Natur- und Umweltschutzes ein. Dabei
437 muss die Kommunalpolitik auch die Entwicklung leistungsfähiger Wirtschaftsstandorte betreiben
438 und sich abzeichnenden Fehlentwicklungen gegensteuern. Mit frühzeitiger angemessener Beteili-
439 gung der Bürgerinnen und Bürger sowie der kommunalen Wirtschaftsakteure lassen sich mit Au-
440 genmaß und gebotener Verhältnismäßigkeit am ehesten umweltpolitische Ziele erreichen. Mitwir-
441 kung und Mitgestaltung bilden das Fundament für anhaltende Akzeptanz.

442 Bienen- und Insektensterben bedrohen das ökologische Gleichgewicht in Baden-Württemberg.
443 Deshalb ist uns der Artenschutz ein wichtiges Anliegen, wir wollen ihn stärken! Daher arbeiten wir
444 an dem Ziel mit, in allen Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg mindestens ein Biotop
445 einzurichten, so dass ein landesweites Netz von Lebensräumen entsteht, das der Tierwelt zugleich
446 als Wanderkorridor dient. Dabei wollen wir den Flächendruck nicht erhöhen, sondern nicht nutzba-
447 ren Grund in Biotope umwandeln. Dass dies erfolgreich möglich ist, zeigt ein bundesweit aner-
448 kanntes Projekt der Sielmann Stiftung mit dem Biotopverbund Bodensee. Naturschutz ist Heimat-
449 pflege. Wer unsere artenreiche Kulturlandschaft hegt und pflegt, dient seiner Heimat. Wir sehen
450 die Landwirtschaft als Partner und Träger des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Besonde-
451 re Verantwortung haben die Kommunen für die Waldwirtschaft. Den Städten, Gemeinden und
452 Landkreisen gehören rund 40 Prozent des Waldes in Baden-Württemberg. Die kommunale Wald-
453 wirtschaft leistet einen zentralen Beitrag zum Natur- und Klimaschutz. Zugleich ist der Wald Erho-
454 lungsort für die Bürgerinnen und Bürger sowie Lebensraum zahlreicher Arten. Wir wollen die be-
455 rechtigten Interessen aller Waldnutzer klar strukturieren. Dabei gilt der Grundsatz „Schützen
456 durch Nützen“. Wir unterstützen ausdrücklich die nachhaltige Waldwirtschaft. Gleiches gilt auch
457 für den Umgang mit der Grundlage allen Lebens, dem Wasser. Die Wasserqualität von Grundwas-
458 ser, Seen und Flüssen sowie der Hochwasserschutz sind wichtige Bausteine unserer Lebensgrund-
459 lagen. Gut funktionierende Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind keine Selbstverständ-
460 lichkeit. Wir setzen uns für die Modernisierungen der Trinkwasserversorgung und der Abwasser-
461 netze ein. Wir wollen möglichst viele Kläranlagen um weitere Reinigungsstufen ergänzen, um das
462 Wasser von Keimen, Medikamentenrückständen und hormonell wirksamen Stoffen zu reinigen. Die
463 jüngsten Hochwasserereignisse haben vor Augen geführt, wie wichtig das kommunale Hochwas-

464 serrisikomanagement ist, insbesondere weil der Klimawandel die Hochwassersituation in Zukunft
465 zu verschärfen droht. Die Kommunen spielen beim Hochwasserschutz eine Schlüsselrolle. Sie müs-
466 sen auf Hochwasserereignisse vorbereitet sein, um Menschenleben zu retten und Sachschäden zu
467 minimieren.

468 Ein elementarer Beitrag zum Ressourcenschutz ist die Stärkung des Bewusstseins für Mehrweg.
469 „Coffee-to-go-Einwegbecher“ sind ein echtes Problem der Kommunen. Ein Wegwerfbecher mit
470 einer geschätzten Lebenszeit von 15 Minuten steht wie kaum ein anderes Produkt für Ressourcen-
471 und Energieverschwendung. Wir wollen Abfall vermeiden und die Vermüllung des Stadtbilds stop-
472 pen. In Zusammenarbeit mit Unternehmen und Händlern wollen wir ein zusätzliches Angebot in
473 Form eines Mehrwegbeckers einführen. Denkbar sind Pfandsysteme oder Rabattangebote für Kun-
474 den, die ihren eigenen Becher mitbringen.

475 Zudem stehen wir zu den Zielen der Energiewende. Das bedeutet für die Kommunen, die Nutzung
476 und die Erzeugung regenerativer Energien in Abwägung mit anderen räumlichen Funktionen und
477 Zielen dort umzusetzen, wo es Sinn macht. Dabei bieten erneuerbare Energien immer noch erheb-
478 liches Wachstumspotential für unsere ländlichen Räume. Der Ländliche Raum hat die Standorte für
479 die Windkraft, Dächer und Flächen für Photovoltaik- und Solaranlagen und für die Bioenergie die
480 Ressourcen in Feld und Wald. Das Land geht mit seiner Solaroffensive voran und stattet die Dächer
481 der Landesliegenschaften mit Photovoltaikanlagen aus. Wir wollen, dass die Kommunen diesem
482 Beispiel folgen und ihre Liegenschaften mit noch mehr Photovoltaikanlagen ausrüsten. Damit
483 nicht nur Immobilieneigentümer von der Solarförderung profitieren, wollen wir zusätzlich den Mie-
484 tersolarstrom voranbringen und so die Energiewende in die Städte holen. Besondere Verantwor-
485 tung kommt dabei den Kommunen zu, wenn es darum geht, die Realisierung privater regenerativer
486 Energieprojekte bau- und planungsrechtlich zu prüfen und ggf. zu unterstützen. Städte und Ge-
487 meinden leisten einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz durch die Senkung des Heizenergiever-
488 brauchs in öffentlichen Gebäuden. Auf kommunaler Ebene trägt die energetische Sanierung öf-
489 fentlicher Gebäude ganz erheblich zum Energiesparen bei. Ein Großteil des Energiebedarfs wird für
490 die Raumwärme und die Warmwasserbereitung benötigt. Wir wollen deshalb kommunale Gebäude
491 energie-technisch sanieren und bestehende Anlagen auf den neuesten technischen Standard he-
492 ben, um die Vorbildfunktion von Städten und Gemeinden zu betonen. Den Heizenergieverbrauch
493 in öffentlichen Gebäuden zu reduzieren, spart bares Geld und ist ein wirksamer Beitrag zum Klima-
494 schutz. Gleiches gilt für die Umrüstung auf LED-Beleuchtung. Die LED-Technologie ist die Zu-
495 kunftstechnik in der Straßenbeleuchtung. Durch die hohe Energieeffizienz bietet die Technik
496 enorme Einsparpotentiale. Zudem verursachen LEDs weniger Streulicht, was zu weiterem Sparpo-
497 tential führt und die „Lichtverschmutzung“ einschränkt. Hier stehen Investitionskosten und Ver-
498 brauchskosten mittlerweile in einem solch günstigen Verhältnis, dass, wo immer möglich, die Um-
499 stellung zügig und entschlossen angegangen werden muss. Voraussetzung für das Gelingen der
500 Energiewende ist der Ausbau von Netzen und Speichersystemen für Wärme und Strom. Wir wer-
501 den die Netzstabilität durch intelligent verzahnte Übertragungs- und Verteilnetze gewährleisten.
502 Um das Angebot regenerativer Energieformen und die Nachfragestruktur in Einklang zu bringen,
503 setzen wir auf intelligentes Lastenmanagement. Wir werden die Sektorenkopplung weiter aus-
504 bauen, so dass ein größerer Anteil der gewonnenen Energie direkt vor Ort den Haushalten und

505 Betrieben in Form von Wärme oder Strom zur Verfügung gestellt wird. Damit bleibt die Wert-
506 schöpfung aus der Energiewende vor Ort. Je kürzer die Transportwege, desto höher die Effizienz.

507 **Entspannt. Unterwegs. Zuhause.**

508 **Mobilität, Wohnraum, Wohnungsbau**

509 Mobil zu sein ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Mobilität gehört untrennbar zur freien Entfal-
510 tung der Persönlichkeit dazu und ist für alle Generationen, für Schüler und Studenten, Berufstätige
511 und Rentner, für Menschen in Großstädten ebenso wie in kleinen Gemeinden unverzichtbar. Eine
512 gute Verkehrspolitik muss deshalb Mobilität ermöglichen und nicht bevormunden. Alle Teile des
513 Landes benötigen leistungsfähige Verkehrswege und attraktive Angebote. Als Wirtschaftsstandor-
514 te sind unsere Kommunen auf ein gutes Verkehrsnetz angewiesen, denn davon hängen ihre Zu-
515 kunftschancen und Arbeitsplätze ab. Eine gute Verkehrspolitik muss nicht nur die Ballungsräume
516 und Großstädte in den Blick nehmen, sondern genauso die kleinen und mittleren Gemeinden. Ge-
517 rade angesichts des demografischen Wandels darf der Ländliche Raum nicht abgehängt werden.
518 Auch in der Verkehrspolitik setzt sich die CDU für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen
519 Land ein. Der motorisierte Individualverkehr, der öffentliche Verkehr mit Bussen und der Wirt-
520 schaftsverkehr auf der Straße werden weiterhin ein fester Bestandteil der Mobilität im Flächenland
521 Baden-Württemberg bleiben. Die CDU setzt sich für den Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruk-
522 tur ein. Dafür sind größere Anstrengungen als in der Vergangenheit notwendig: Wir benötigen
523 mehr Mittel für den Erhalt und die Sanierung, damit wir nicht auf Kosten der Substanz leben. Wir
524 benötigen aber auch Aus- und Neubaumaßnahmen, um dem steigenden Verkehrsaufkommen zu
525 begegnen und durch Umfahrungen die Belastungen der Menschen zu verringern. Dabei ist es wich-
526 tig, die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig an den Planungen zu beteiligen. Es war uns ein zentra-
527 les Anliegen in der Landesregierung durchzusetzen, dass der Sanierungsstau im Verkehrswegenetz
528 angegangen und die Mittel des Bundesverkehrswegeplans für Baden-Württemberg vollständig
529 abgerufen werden. Nur so lassen sich zeitnah die drängendsten Straßen- und Schienenprojekte im
530 Land realisieren. Bei kommunalen Verkehrsprojekten sind unsere Städte und Gemeinden auf eine
531 verlässliche Förderung angewiesen. Seit 1971 unterstützt der Bund die Länder und Kommunen mit
532 finanziellen Mitteln bei der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse nach dem Gemeindeverkehrs-
533 finanzierungsgesetz (GVFG). Diese Mittel waren zunächst bis 2019 befristet. Es ist ein toller Erfolg
534 für die Kommunen im Land, dass das GVFG-Bundesprogramm über das Jahr 2019 hinaus unbefrist-
535 tet fortgesetzt wird. Wir konnten zudem in der Koalition im Bund eine zusätzliche Milliarde Euro
536 an GVFG-Mitteln durchsetzen. Davon werden auch die Kommunen im Land erheblich profitieren.
537 Unbestritten ist, dass der öffentliche Verkehr auf Straße und Schiene attraktiver und eine echte
538 Alternative zum Auto werden muss. Dazu bedarf es gut vertakteter Verbindungen und moderner
539 Fahrzeuge. Zur Attraktivität des öffentlichen Verkehrs muss auch eine stärkere Zusammenarbeit
540 der Verkehrsverbände beitragen, bis schließlich das landesweite BW-Ticket eingeführt ist, zu dem
541 wir uns voll bekennen. Der Ausbildungs-, Studien- oder Arbeitsplatz liegt heute oftmals nicht mehr
542 vor der Haustür, sondern in einiger Entfernung jenseits der Grenzen des jeweiligen Verkehrsver-
543 bundes. Hier sind insbesondere die Landkreise gefragt, um die Anbindung an alle Nachbarkreise
544 attraktiv zu gestalten. Ziel ist letztlich eine landesweite Koordinierung der Verkehrsverbände.

545 Dadurch könnten auch Erleichterungen für Schüler und Studenten erreicht werden. Darüber hin-
546 ausgehend sind Kooperationen mit anderen Bundesländern oder mit anderen Staaten insbesonde-
547 re auch für diese Zielgruppe aus den Grenzgebieten erstrebenswert. Durch E-Bikes und Pedelecs
548 bietet zudem der Radverkehr immer mehr Potentiale. Es können weitere Entfernungen zurückge-
549 legt werden, so dass insbesondere in der Verknüpfung mit dem ÖPNV und Schienenpersonennah-
550 verkehr (SPNV) große Chancen liegen. Dazu bedarf es eines gut ausgebauten Radwegenetzes und
551 gesicherter Abstellplätze. Veränderungen im Mobilitätsverhalten, der demografische Wandel und
552 unsere Verantwortung gegenüber Gesundheit und Umwelt verlangen verstärkt neue Antworten.
553 Die Mobilität der Zukunft wird stärker als heute auf einer intelligenten Vernetzung der Verkehrs-
554 träger – dem intermodalen Verkehr – beruhen. Die technologische Entwicklung eröffnet dabei
555 neue Möglichkeiten: Echtzeitinformationen auf dem Smartphone und die Verknüpfung von Auto,
556 Rad, Bus und Bahn mit Car-Sharing- und Mitfahrangeboten, Rufbussen und Taxis sind heute schon
557 realisierbar. Vor allem aber müssen alternative Mobilitätsformen wie Brennstoffzelle und E-
558 Batterie vermehrt den Weg auf unsere Straßen finden. Hier sehen wir uns in der Pflicht, auch
559 kommunal am Ausbau der Infrastruktur für Wasserstoff- und E-Mobilität mitzuwirken. Mit Blick auf
560 die Möglichkeiten des autonomen Fahrens wird es künftig für innerörtlichen Busverkehr – gerade
561 für ältere Menschen – neue Chancen der Mobilität geben. Diese wollen wir konsequent nutzen und
562 nicht nur unsere Städte sondern auch unsere kleineren Gemeinden „smart“ machen.

563 Stadtsanierung und das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) sind wichtige Programme,
564 mit denen private Investitionen mit Landesgeldern und kommunalen Zuschüssen getätigt werden
565 um unsere Kommunen lebenswerter zu gestalten. Die Fördervoraussetzungen sind an neue Gege-
566 benheiten anzupassen. So sind z. B. die angesprochenen alternativen Mobilitätsformen in die För-
567 dertatbestände mit aufzunehmen. Luftreinhaltung und Lärmschutz kann so mehr Berücksichtigung
568 finden. Zudem tragen die Förderprogramme des Landes auch zu Investitionen in den Wohnungs-
569 bau bei. Dies ist umso wichtiger, da bezahlbarer Wohnraum nicht nur in den Städten, sondern ver-
570 mehrt auch in kleineren Gemeinden immer schwieriger zu finden ist. Wir begrüßen ausdrücklich,
571 dass die Förderung von sozialem Wohnungsbau seitens der Landesregierung wieder stärker geför-
572 dert wird und nun auch die Landesbauordnung von Überregulierungen befreit wird. Es ist uns ge-
573 lungen, die Notwendigkeit und den Bedarf überdachter Fahrradstellplätze von den unteren Baube-
574 hörden prüfen zu lassen und so zu einer praktikablen und vernünftigen Lösung zu kommen. In Ver-
575 bindung mit weiteren Erleichterungen beim Bauen mit Holz, bei der Aufstockung von Wohnhäu-
576 sern und der Möglichkeit, künftig Baugenehmigungen digital zu beantragen, konnten wir wesentli-
577 che Verbesserungen für die Schaffung von Wohnraum auf Landesebene erreichen. Zudem haben
578 wir uns massiv für die Einführung eines Baukindergeldes im Bund eingesetzt. Mit 1.200 Euro je
579 Kind und pro Jahr unterstützt das Baukindergeld über einen Zeitraum von 10 Jahren junge Familien
580 beim Bau und Erwerb eines Eigenheimes.